



# Eimsbüttler **Rot**

April 2011

Zeitung der DKP Hamburg-West

[www.dkp-hamburg.de](http://www.dkp-hamburg.de)

**Fuku  
Bibli  
Krümmel**

# SHIMA

Angesichts der sich zuspitzenden Atomkatastrophe in Japan verlangen die Menschen auch in unserem Land nun einhellig die Abschaltung aller Atomanlagen – weltweit und sofort.

Überall in Deutschland gibt es Mahnwachen, Kundgebungen und Demonstrationen, zuletzt in Hamburg am 26.3. auf dem Rathausmarkt. Die Trauer um die Opfer in Japan vermischt sich mit der Wut auf die Atomlobby. Auch die DGB-Gewerkschaften haben in vielen deutschen Städten in den vergangenen Tagen Anti-Atom-Proteste unterstützt oder initiiert. Die gemeinsame Überzeugung ist:

Atomkraft ist eine unbeherrschbare, menschenfeindliche Technologie, deren Zeit endgültig vorüber sein muss. Die Konsequenz aus den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima und aus anderen schweren Störfällen kann nur lauten: **Sofortiger Atomausstieg ohne Wenn und Aber!**

Trotz unermesslicher Gefahren wollen EON, RWE, EnBW und Vattenfall mit Hilfe der Bundesregierung weitere Laufzeitverlängerungen durchsetzen. Was aber für die Konzerne eine Gelddruckmaschine ist, stellt für die Menschen eine unvorstellbare Bedrohung dar. Darum muss die Energie-



versorgung als Schlüsselindustrie im Interesse unserer Kinder und Kindeskinde raus aus den Händen der Atomkonzern und unter gesellschaftliche Kontrolle und in Gemeineigentum überführt werden.

## **Grüner Kapitalismus – ein Widerspruch in sich!**

Die Idee von der Ökologisierung des Kapitalismus, wie sie von den Grünen und Teilen der SPD neuerdings vertreten wird, scheitert an der inneren Logik dieses Systems. Kapitalismus gründet sich auf grenzenlosem Wachstum. Die Erzielung von immer mehr „Mehrwert“ als Grundvoraussetzung des Kapitalismus erfordert immer mehr Energie und Material. Auch Grüner Kapitalismus, solange er auf diesem kapitalistischen System basiert. Diese kapitalistische Wachstumslogik ist

aber mit den Kreisläufen der Biosphäre nicht kompatibel. Wir brauchen nicht nur einen Ausstieg aus der Atomenergie, sondern auch einen Ausstieg aus dem kapitalistischen Wachstums- und Profitsystem. Die DKP fordert:

- ✧ AKWs sofort abschalten und endgültige Stilllegung der Anlagen
- ✧ Umsteuern auf erneuerbare Energien
- ✧ Enteignung der Energiemultis, deren Überführung in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle.
- ✧ Es ist höchste Zeit für ein ökologisch wie sozial nachhaltiges Gesellschaftssystem.

## **Was können Sie selber gegen den atomaren Wahnsinn unternehmen?**



Beteiligen Sie sich an den Aktionen vor den Kernkraftwerken am 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl:

**Ostermontag,  
den 26. April, 5 vor 12 Uhr**

Kundgebung - AKW Brunsbüttel + AKW Krümmel, 25 Jahre Tschernobyl - AKWs abschalten,

Info: [www.brunsbüttel.tschernobyl25.de](http://www.brunsbüttel.tschernobyl25.de) und [www.krümmel.tschernobyl25.de](http://www.krümmel.tschernobyl25.de)

- **Atomausstieg selber machen!**

Die Atomkraftwerks-Betreiber E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW machen immer größeren Druck, damit die ältesten und unsichersten Atomkraftwerke nicht bald abgeschaltet werden müssen. Gleichzeitig beweisen Störfälle in AKWs und Atommüll-Endlagern regelmäßig, dass es absolute Sicherheit nicht gibt.

Info: <http://www.atomausstieg-selber-machen.de/stromwechsel.html>

**Regierungserklärung Olaf Scholz:****Schwerpunkt liegt auf Kürzungen**

Olaf Scholz hat sich mit seinem SPD-Senat viel vorgenommen:

Kernpunkt seines Programms ist es, innerhalb von 10 Jahren den Haushalt zu sanieren. Dazu wird die Steigerungsrate des Haushalts auf jährlich 1 Prozent begrenzt, was wegen der Inflationsrate einem Schrumpfen des Haushalts entspricht.

Gleichzeitig hat er versprochen, die Kitagebühren abzuschaffen, Ganztagschulen aufzubauen und den öffentlichen Wohnungsbau zu fördern.

Im Bund hat die rot-grüne Koalition mit Steuerensenkungen für die Einkommensspitzenverdiener unter aktiver Beteiligung unseres neuen Hamburger Bürgermeisters die Einnahmen der Haushalte reduziert. Angela Merkel hat dies nur noch weiter fortgesetzt.

Besonders mit der Förderung der Leiharbeit und Hartz IV hat Olaf Scholz in seiner Zeit als Arbeitsminister die Weichen auf Billiglohnjobs und Lohnkürzungen gestellt. Im Hamburger Haushalt hat das weniger Einnahmen bei gleichzeitig höheren Ausgaben zur Folge.

Die Möglichkeiten in Hamburg, mit Landessteuern weitere Einnahmen zu erwirtschaften, sind sehr beschränkt.

Die Ausgaben für Soziales aber auch die Altlasten der diversen CDU-Regierungen wie Elbphilharmonie oder HSH-Nordbank (hier war auch die SPD beteiligt) lassen kaum noch Spielraum im Haushalt.

Wie passen der Anspruch „Haushaltssanierung“ und Wahlversprechen zusammen?

**Steuersenkungen für Millionäre,  
Schuldenbremse für die Haushalte  
→ Nur ein Reicher, kann sich einen armen  
Staat leisten**

Im Jahr 2009 haben die schwarz-grün-rot-gelben Parteien im Bundestag die Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben. Über diese Regelung wird die Schuldenaufnahme der öffentlichen Haushalte beschränkt. Die Schuldenbremse ist auch ein Lieblingskind von Olaf Scholz.

Nun hat niemand etwas gegen eine Finanzierung der Haushalte durch Steuereinnahmen anstatt Kreditaufnahme. Aber das erfordert die Einnahmen zu steigern: Wer viel hat, soll auch entsprechend seiner Leistungsfähigkeit für die Gemeinschaft zur Kasse herangezogen werden. Dies meinte jeweils das Bundesverfassungsgericht. Aber Gerhard Schröder (Mentor von Olaf Scholz) und die folgenden

Regierungen haben im Gegenteil die Besteuerung der Reichen immer weiter gesenkt.

Wenn nun einerseits die Einnahmenseite immer weiter reduziert wird und gleichzeitig auch die Kreditaufnahme unmöglich gemacht wird, verbleibt als einziges Handlungsfeld für die Volksvertretungen die Entscheidung, wo gekürzt werden soll.

In NRW ist schon heute zu erkennen, wie Gerichte den Wählerwillen mit dem Verweis auf die Schuldenbremse aushebeln.

**Kürzen – aber bitte mit guter Werbung**

Olaf Scholz ist ein gewiefter Wahlkämpfer. Die Zustimmung von Presse und Medien sind ihm wichtig. Das bestimmt die Auswahl seiner Verbesserungen und Streichungen. Da haben die vielen armen und ärmeren Hamburger kaum was zu lachen und die Reichen wenig zu fürchten.

In der Gesamtheit wird Hamburg ärmer werden. Denn woher soll das Geld kommen?

**Reichtum besteuern oder Bereicherung fördern**

Um eine Politik im Interesse der Hamburger Bürger zu machen, kommt es jedoch darauf an, den Spielraum für politisches Handeln zu erweitern.

Dazu müsste Hamburg im Bund für die Erweiterung des Steueraufkommens und einen Weg hin zur Steuergerechtigkeit eintreten. Dies wäre der Bruch mit der Schröderpolitik.

Aber der Lakmустest für Olaf Scholz steht schon bevor. Mit der Einstellung von 200 Finanzprüfern könnte Hamburg sich von seinem Ruf als Stadt der öffentlich geförderten Steuerhinterziehung befreien und 200 Millionen Steuern einziehen. Wir bezweifeln aber, dass hieraus etwas werden wird.

Schon Bertolt Brecht meinte:

„Armer Mann trifft reichen Mann und sehn sich an. Da sprach der Arme zum Reichen: "Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich!““

## Libyen: Ölkrieg Nummer X

**Nato bombt Rebellen den Weg frei**

Selbst US-Kriegsminister Gates erschien die Eröffnung einer dritten Kriegsfront gegen eine islamische Nation als riskant. Unter den Falken im US-Senat, die sich über Völkerrecht notorisch keine Gedanken machen, wurde diskutiert, ob die Kosten einer Intervention in Libyen nicht höher sind als der Nutzen. Dennoch starteten die USA sowie Frankreich und Großbritannien den imperialistischen Ölkrieg Nr. X, diesmal getarnt als „Hilfe für die rebellische Bevölkerung Libyens, die sich gegen das Ghaddafi-Regime erhoben hat und massakriert wird.“ Streitkräfte der drei Staaten bombardierten unter Berufung auf die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates Dutzende Ziele in Libyen, obwohl die libysche Regierung umgehend den in der Resolution geforderten Waffenstillstand angekündigt hatte. Der Einsatz „zum Schutz der Zivilbevölkerung“ war damit bereits zum Krieg ausgeweitet und die Resolution zerrissen. Das sah nicht nur Ghaddafi so. Die Aussenministerien Chinas, Indiens und Russlands sowie der Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Mussa kritisierten zwar umgehend das Vorgehen der westlichen „Koalition der Willigen“, änderten aber nichts.

**Intervention für wen?**

Selbst in den westlichen Stabsquartieren gibt es nur wenig Informationen über die Lage in Libyen. „Weitgehend unbekannt scheinen die politische Ausrichtung und die Zusammensetzung der aufständischen Kräfte zu sein“, schreibt z.B. die Junge Welt.

*„Es heißt nicht, sich auf die Seite Ghaddafis zu schlagen, wenn man darauf hinweist, dass bislang allein die Propaganda westlicher Medien mit Vokabeln wie „Völkermord“, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und anderem einen „Grund“ geliefert hat, militärisch einzugreifen. Dieselben Medien, die vor wenigen Tagen – um es freundlich auszudrücken – äußerst zurückhaltend über die Hunderten Toten bei den Aufständen gegen Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten berichteten, werden derzeit nicht müde,*

*mit Wendungen wie „Schlächter des Volkes“ und „Der Revolutionär frißt seine Kinder“ Emotionen zu schüren.“*

Das Verfahren ist bekannt. Es ähnelt dem, das vor den Kriegen zur Auflösung Jugoslawiens, vor der Invasion des Irak und bei der Zerstörung Afghanistans zu beobachten war.

Dabei dient der immense Propagandaaufwand, der all diesen Kriegen jeweils vorhergeht, weniger der Täuschung des Kriegsgegners als der Täuschung der mehrheitlich (noch) kriegsunwilligen eigenen Bevölkerung.

Und noch etwas: Beim Eingreifen in Libyen geht es zwar vornehmlich um Öl und Gas, es gibt aber auch innenpolitische Gründe, wie im Fall Frankreichs. **Möchtegern Napoleon Sarkozy, der besonders enge Beziehungen zu Ghaddafi hatte, ist vorgeprescht, weil er die Zustimmung seiner Wähler verloren hat.** Seine Partei rutschte bei den Kommunalwahlen auf katastrophale 20 % ab. Mit einem kriegerischen Auftritt sucht er nach alter Grösse. Der Engländer ist in ähnlicher Lage. Und wie wenig sich die Kriegswilligen um internationales Recht scheren, zeigt die Entsendung von britischen Bodentruppen lange vor dem UN-Beschluss.

Übrigens: Ein Vermittlungsversuch von Venezuelas Präsidenten Hugo Chavez war sowohl von Ghaddafi als auch von der Arabischen Liga begrüßt worden, wurde von der EU und den USA sowie von den Rebellen aber vom Tisch gewischt. Ähnlich erging es einer Vermittlungsinitiative der Afrikanischen Union und Vorschlägen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan.

P.S. Wir können beruhigend vermelden, dass die NATO weder in Saudi-Arabien, noch in Bahrain oder Jemen Menschenrechte durchsetzen will.

Auch der Schlächter Mubarak soll vor keinen Internationalen Gerichtshof gezerrt werden. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

## Löhnen in Deutschland droht neuer Absturz.

Sittenwidrig niedriger Mindestlohn beschlossen.



Die noch geltenden Schutzregelungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fallen am 1. Mai weg. Den Löhnen in Deutschland droht ein neuer Absturz. Unternehmen können dann auch Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa in Deutschland zu Niedriglöhnen einsetzen, wie sie in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. Diese Löhne können in naher Zukunft bei zwei oder drei Euro die Stunde liegen.

Von diesem Lohndumping profitieren deutsche und ausländische Unternehmen. Leidtragende sind die Beschäftigten. Einen politischen Absturz als Folge des sich anbahnenden Skandals fürchteten nun auch die politisch Verantwortlichen in Berlin. Es musste also was passieren. So wurde beim Gefeiße um Hartz 4 für die am meisten gefährdete Branche Zeitarbeit „ein Kompromiss gefunden“. CDU, SPD, FDP und GRÜNE stimmten für einen Mindestlohn für Zeitarbeiter, der im Osten 806 Euro, im Westen 892 Euro beträgt. In beiden Fällen bleibt z.B. Alleinlebenden nur der zusätzliche Gang zur Hartz 4-Arge, wo der Vollzeitlohn im Osten um 121 Euro,

im Westen um 48 Euro mit Steuergeld aufgestockt würde.

**Die Politik der Regierungen Merkel und Schröder hat in den vergangenen Jahren zu desolaten Zuständen auf dem Arbeitsmarkt geführt:**

Reallöhne stagnieren oder sinken sogar. Sieben Millionen Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, erhalten für ihre Arbeit nur Niedriglöhne. 1,4 Millionen Menschen müssen ihren Lohn mit Hartz 4 aufstocken. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, ist Alters- ja lebenslange Armut für immer mehr Menschen vorprogrammiert. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist darum die Forderung der Stunde. Und nicht auf Höhe von Hartz 4. Vorschlag der Linken und der DKP: **10 Euro muss als gesetzliche Lohnuntergrenze für alle Beschäftigten in Deutschland gelten – unabhängig davon, ob sie dauerhaft oder vorübergehend hier arbeiten.** Nur so ist ein Mindestschutz gegen Lohndumping für alle Beschäftigten zu erreichen. Ein Mindestlohn, von dem man leben kann, verhindert auch, dass niedrige Löhne mit Steuergeld subventioniert

werden müssen. Der Mindestlohn sorgt dafür, dass die Binnennachfrage steigt und so neue Arbeitsplätze entstehen. Er verhindert, dass Unternehmen zukünftig deutsche und ausländische Beschäftigte gegen einander ausspielen.

Die Zeit drängt. Jahrelang hat die Politik nichts gegen die Zunahme von Niedriglöhnen getan. Im Gegenteil: Die

Regierungen Merkel und Schröder haben Niedriglöhnen selbst den Weg bereitet. Mit Blick auf die europäischen Arbeitnehmer – und Dienstleistungsfreiheit muss die Politik jetzt endlich umsteuern. Und dem Wähler, dem möchte man nur wünschen, dass er nicht weiterhin diese Parteien wählt, die seine Arbeit billig wie Dreck machen.

## Agaplesion/Diakonieklinikum

# Lohndrücker aus christlicher Nächstenliebe

Wie das Elbe-Wochenblatt am 23.3.11 berichtete, wagten im vorigen Jahr die Mitglieder von ver.di am Elim mehrere Warnstreiks, um auch am Elim einen Tarifvertrag zu bekommen. Die Gehälter der Diakonie liegen weit unter dem Niveau der anderen Krankenhäuser, und zwar deshalb, weil nach Meinung von Agaplesion den Mitarbeitern gewerkschaftliche Tätigkeit untersagt ist.

Agaplesion klagte gegen die Streiks vor dem Arbeitsgericht und ...verlor. Das Hamburger Arbeitsgericht bestätigte die Position von ver.di, dass das „Diakonieklinikum ein normales Krankenhaus wie jedes andere ist.“ Dafür gilt natürlich das Grundrecht auf Tarifautonomie und Streik als Wesensmerkmal einer demokratischen Gesellschaft.

Zu Lasten der Beschäftigten beharren die kirchlichen Arbeitgeber aber auf ihrer Sonderrolle, mit denen sie sich Wettbewerbsvorteile vor ihren Konkurrenten

sichern wollen, um weiter expandieren zu können. Genauso rücksichtslos,

- wie Agaplesion mit freundlicher Unterstützung der CDU des neuen Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Sozialsenator Wersich den Sparbier-Sportplatz bebauen durfte,
- wie sie weiter auch das alte Elim-Gebäude für einen Praxenpark beanspruchen,

wollen sie sich mit dem Urteil des Arbeitsgerichts nicht abfinden und in Berufung gehen.

Wie solche Krankenhausträger ihre Mitarbeiter behandeln, sollte auch uns als Patienten zum Nachdenken bringen. Gesundheit gehört zur staatlichen Daseinsvorsorge und ist eine öffentliche Aufgabe. Für Geschäftemacherei eignet es sich nicht!

**Schluss mit der Privatisierung!!!**

**Auch in diesem Jahr wird die Hamburger Friedensbewegung auf dem Ostermarsch gegen den Krieg in Afghanistan, für Abrüstung und eine Friedensstadt Hamburg demonstrieren:**



**Ostersamstag,  
den 23. April, 12 Uhr,**

- **Start: Kriegsklotz, Dammtor-damm,**
- **Marsch durch die Innenstadt (Zwischenkundgebung Vattenfall),**
- **Abschluss: Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz, Lange Reihe**



## Hamburgs Energienetze in die Öffentliche Hand!

Die Versorgungsnetze für Strom, (Fern)Wärme und Gas sind ein wichtiger Ansatzpunkt, um den notwendigen Wandel zu mehr Klimaschutz und nachhaltiger Energieversorgung voranzubringen. Heute werden die Netze in Hamburg von den Energiekonzernen Vattenfall und E.on betrieben. Diese blockieren den notwendigen Um- und Ausbau für eine klima- und umweltverträgliche Energiewende. Bis Ende 2012 hat Hamburg nun die Möglichkeit, die mit diesen Unternehmen bestehenden Konzessionsverträge zu kündigen und die Energienetze ab 2015 zu übernehmen.

Die Übernahme der Energienetze und der Fernwärmeversorgung in die Öffentliche Hand ist ein wichtiger Baustein, um Hamburgs energie- und strukturpolitische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Die Energieversorgung gehört in den zentralen Bereich der Daseinsvorsorge und deshalb nicht in die Hände von Konzernen. Als zentral für die Rekommunalisierung sieht die Initiative folgende Punkte:

- Die Versorgungsnetze sind konsequent im Sinne einer klimaverträglichen Energieversorgung Hamburgs umzubauen. Im Bereich der Fernwärmeversorgung sind die eingesetzten Kohlekraftwerke durch eine dezentrale Erzeugung zu ersetzen.
- Die Einnahmen aus dem Netzbetrieb bleiben in Hamburg.
- Der kommunale Netzbetreiber setzt sich für eine faire und transparente Preisgestaltung ein.

Die Bürgerinnen und Bürger sowie Nichtregierungsorganisationen wie Umweltverbände, Verbraucher- und Sozialverbände, Mieter- und Bürgervereine, Gewerkschaften und kirchliche Institutionen sind umfassend über sämtliche Geschäftstätigkeiten und Strategien des Netzbetreibers zu informieren und an der Festlegung der Unternehmensrichtlinien sowie an der demokratischen Kontrolle zu beteiligen.

Die bei Vattenfall und E.on Hanse Beschäftigten sind bei der Rekommunalisierung zu den gültigen Tarifbedingungen und bei Erhalt aller Arbeitsplätze zu übernehmen.

Mit 17.726 Unterschriften, die in nur wenigen Wochen in den Sommerferien 2010 gesammelt wurden, war die Volksinitiative erfolgreich. Da der alte Senat den Inhalt abgelehnt hat, geht es nun vom Do 2. - Mi 22. Juni in die Umsetzung des Volksbegehrens. Dazu ist das Ziel, mindestens 75.000 Unterschriften zu sammeln.

Bitte beteiligen auch Sie sich aktiv daran. Weitere Informationen unter: <http://unser-netz-hamburg.de/>

**Nur Mut!**  
 UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP  
 Die Kommunistische unter den Linken.  
[www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)

*Jetzt  
4 Wochen  
kostenlos  
probelesen!*

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ / Ort \_\_\_\_\_

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

**Ja, ich will:**

mehr Infos über die DKP und ihr Programm  
 Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name \_\_\_\_\_  
 Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:  
 DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
[www.dkp.de](http://www.dkp.de) • E-Mail: [dkp.pv@t-online.de](mailto:dkp.pv@t-online.de)

**Termine:**

**Montag, den 04.04.11 ab 19.00 Uhr im DKP-Zentrum Lindenallee 72 trifft sich die Gruppe HH-West zu**

- **Bildungsabend: Die Demokratie und der imperialistische Staat**

**Montag, den 18.04.11. ab 19.00 Uhr im DKP-Zentrum Lindenallee 72: trifft sich die DKP-Gruppe HH-West wieder zu:**

- **Bedingungsloses Grundeinkommen – die modische Alternative zu Mindestlohn und Verbot der Leiharbeit?**

Kommen Sie doch einfach einmal vorbei.

**DKP-Gruppe Hamburg-West**

## UZ-Pressesfest 2011

Pünktlich zum Sommerbeginn findet vom **24.-26. Juni 2011** in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP statt. Es ist das 17. Fest, mit dem die Deutsche Kommunistische Partei für ihre Politik und für ihre sozialistische Wochenzeitung UZ wirbt. Die Feste sind inzwischen zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden.

### Unsere Gäste sagten:

- Das interessanteste Volksfest der Linken.
- Das spannendste Volksfest der Linken.
- Das schönste Volksfest der Linken.

Plakat des 15.UZ-Pressesfestes



### IMPRESSUM und Kontakt

Eimsbüttler Rot – Zeitung der DKP-Gruppe Hamburg-West  
 V.i.S.d.P.: P.Wils, Lindenallee 72, 20259 Hamburg, Telefon 040 / 480 4900